

Bundesrätin Sommaruga am SP-Wahlauftakt

Die Schaffhauser SP lud gestern zur Wahlauftakt-Veranstaltung ein. Auf dem Fronwagplatz zu Gast war Bundesrätin Simonetta Sommaruga. Sie sprach über Gleichberechtigung, die Klimajugend und Atommüll, bevor die SP-Kandidaten ihre Ziele vorstellten.

Reto Zanettin

SCHAFFHAUSEN. Das milde Wetter mag dazu beigetragen haben, dass sich mehr Schaffhauserinnen und Schaffhauser auf dem Fronwagplatz einfanden als Sitzplätze zur Verfügung waren. Mobilisiert hatte die SP Schaffhausen aber mit dem Auftritt von Bundesrätin Simonetta Sommaruga. Die Vorsteherin des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) räumte ein, schon lange nicht mehr nach Schaffhausen gereist zu sein. Vor acht Jahren habe sie in Stein am Rhein eine Rede zum 1. August gehalten und anschliessend an einer Weidlingsfahrt teilgenommen. Sie freue sich, nun am Wahlkampfauftakt der SP Schaffhausen teilzunehmen, erklärte die Bundesrätin, bevor sie von Nationalrätin Martina Munz die Frage gestellt bekam, was sie in den letzten vier Jahren für die Gleichstellung von Mann und Frau bewirken konnte. «In diesem Bereich sägt man nicht an einfachen Brettern.» Viel eher mühe man sich mit harten Stahlplatten ab. «Immerhin konnte ich ein Gesetz zur Lohngleichheit ins Parlament bringen.» Das Gesetz verlangte von Grossunternehmen, ihre Löhne alle vier Jahre zu prüfen und Lohndiskriminierung offenzulegen. Das sei nichts Grossartiges. «Aber meine Erfahrung ist, dass Transparenzvorschriften manchmal eben doch wirken», erklärte die Bundesrätin und sagte, auf diese Weise liesse sich in kleinen Schritten immer wieder etwas bewegen.

Besuch von der Klimajugend

Mit höchsten Forderungen konfrontiert sah sich Simonetta Sommaruga indes vonseiten der Klimajugend, als sie diese in ihrem Büro in Bern empfing. Die Jugendlichen hätten von ihr etwas verlangt, was sie schlicht nicht erfüllen könne: «Frau Bundesrätin, sagen Sie der Schweiz, was sie zu tun hat», zitiert die Ministerin die Klimaktivisten. Sie habe den Jugendlichen erklärt, dass sie sich nicht über die Schweizer



Simonetta Sommaruga (l.) antwortet auf Fragen von Martina Munz.

BILD SELWYN HOFFMANN

Konkordanz hinwegsetzen könne. «Aber ich habe gespürt, wie viel Kraft von dieser Jugend ausgeht.» Doch auch unter Wahrung der Institutionen ergäben sich immer wieder Möglichkeiten, in Sachen Klimaschutz etwas in die Gänge zu bringen, etwa im Bereich Biodiversität oder Grundwasserqualität, hob Simonetta Sommaruga heraus. Dazu sei Information wichtig, damit auf politischer Ebene die richtigen Schlüsse gezogen würden. Nachdem der Beifall des Publikums für diese Ausführungen abgeebbt waren, brachte Martina Munz zur Sprache, was viele Schaffhauserinnen und

«Ich habe gespürt, wie viel Kraft von dieser Jugend ausgeht.»

Simonetta Sommaruga
Bundesrätin

Schaffhauser umtreibt: den Atommüll und dessen Endlager. «Ist das schon auf dem Schreibtisch der Uvek-Vorsteherin angekommen?» Sie sei froh um diese Frage, erklärte die Bundesrätin. «Die Beunruhigung der Bevölkerung zeigt auf, dass uns die Atomenergie lange Zeit zwar gedient hat, aber auch etwas hervorgebracht hat, das die künftigen Generationen ausbaden werden müssen.» Es gehe dabei um mehr als nur darum, ein Loch zu graben, um alles gut sein zu lassen.

Für Auflockerung sorgte dann die Schaffhauser Band Sonix, bevor es mit einem

Podium wieder um Politik – und insbesondere um die anstehenden Wahlen – ging.

«Alle reden über das Wetter»

Neben Martina Munz standen Urs Tanner als Nationalratskandidat und Patrick Portmann als Ständeratskandidat auf der Bühne Red und Antwort. Im Rückblick auf die ablaufende Legislatur berichtet Martina Munz von politischen Vorhaben – etwa dem Energiegesetz –, die mit guten Aussichten gestartet waren, dann aber ins Stocken gerieten und schliesslich keine Mehrheit mehr fanden. Als Erfolge bezeichnete die Hallauerin mitunter den Vorstoss, mit dem die Ansubfinanzierung für Kinderkrippen habe verlängert werden können. Und auch zur besseren Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen habe sie beitragen können, erklärte Martina Munz – und fügte hinzu: «Die Themen für die kommende Legislatur sind bei mir gesetzt. Ich arbeite zum Beispiel an einem Vorstoss, der Weiterbildungsgutscheine für ältere Arbeitnehmende fordert.»

Urs Tanner trat gleich zu Beginn mit der Formel auf: «Alle reden über das Wetter. Wir handeln.» So setzten sich er und die SP auf allen Staatsebenen für Elektrobusse, eine 2000-Watt-Gesellschaft, aber auch für sichere Renten und bezahlbare Krankenkassenprämien ein. «Die Schweiz soll am 20. Oktober rot-grün vorwärts schauen können», so Nationalratskandidat Urs Tanner.

Sein für den Ständerat kandidierender Kollege Patrick Portmann warf zunächst ein: «Neben mir kandidieren drei Männer im fortgeschrittenen Alter. Ich und die SP stehen aber für einen Generationenwechsel ein.» Ihm missfalle die homogene Zusammensetzung der politischen Gremien, besonders des Ständerates. Dem wolle er als 30-jähriger Pflegefachmann entgegenwirken und für mehr Vielfalt sorgen. Zudem werde er sich für eine transparente Politikfinanzierung, gesundheitspolitische Anliegen aus SP-Sicht und die Gleichstellung von Mann und Frau einsetzen.

Transparenz-Initiative: Nein zum Gegenentwurf

Der Regierungsrat lehnt den indirekten Gegenentwurf zur eidgenössischen Volksinitiative «Für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung» ab, wie er in seiner Stellungnahme an die Staatspolitische Kommission des Ständerats festhält. Die Regierung anerkennt grundsätzlich den Handlungsbedarf bei der Schaffung von (mehr) Transparenz in der Finanzierung politischer Akteurinnen und Akteure. Dennoch wird der vorgeschlagene Entwurf abgelehnt. Der administrative Aufwand für die Schaffung von möglichst vollständiger Transparenz in der Politikfinanzierung wäre sehr gross und der Vollzug wäre äusserst kompliziert, so der Regierungsrat. Insbesondere spricht er sich gegen eine Offenlegungspflicht für natürliche und juristische Personen sowie Personengesellschaften aus, die im Hinblick auf eine Wahl in den Nationalrat oder auf eine eidgenössische Abstimmung eine Kampagne führen oder auf Bundesebene Unterschriften für Volksinitiativen oder Referenden sammeln. Wie der Bundesrat hält der Regierungsrat eine solche Offenlegungspflicht für Wahl- und Abstimmungskomitees für zu komplex und zu aufwendig.

Begrüsst wird ein Verbot der Annahme jeglicher Zuwendungen aus dem Ausland. Das Verbot soll auch für Wahl- und Abstimmungskampagnen gelten, damit nicht ausländische Firmen, politische Organisationen oder Einzelpersonen Wahl- und Abstimmungskämpfe in der Schweiz beeinflussen können. Die entsprechende Bestimmung sollte unabhängig vom indirekten Gegenvorschlag so rasch wie möglich eingeführt werden. (r.)

Schweizer Solidarität und ihre Grenzen

Die Kulturspenden an das Museum zu Allerheiligen nach der Bombardierung waren ein Beispiel schweizerischer Solidarität. Wo diese Solidarität anfing und wo sie aufhört, hat Georg Kreis in einem Vortrag erläutert.

Luca Miozzari

SCHAFFHAUSEN. «Wir in Schaffhausen haben 1944 eine Welle der Solidarität erfahren», stellte Daniel Grütter, Kurator für Geschichte am Museum zu Allerheiligen, in seinen einleitenden Worten fest. Nachdem Schaffhausen im Zweiten Weltkrieg irrtümlicherweise von amerikanischen Bomben getroffen und auch Teile des Museumsgebäudes mitsamt zahlreichen Kunstwerken und Kulturgütern zerstört worden waren, sprangen Gemeinden, Kantone und auch Private aus der Schweiz in die Bresche. Das Ergebnis war eine Kulturspende im Umfang von rund 80 Kunstwerken, teilweise von enormem kulturellen und materiellem Wert, welche an das Museum übergingen, um den erlittenen Verlust auszugleichen. Eben jene gespendeten Werke und deren Geschichte sind Gegenstand der aktuellen Sonderausstellung im Museum zu Allerheiligen und einer in Kürze erscheinenden Publikation.

Ein zentraler Begriff für das Verständnis dieser «freundeidgenössischen» Wohltätigkeit ist die Solidarität. Was Solidarität überhaupt bedeutet, wann und wie sie auftritt und wie sie im schweizerischen Kontext entstanden ist, dieser Frage sollte am Donnerstagabend der Historiker Georg Kreis nachgehen. Der mittlerweile emeritierte Professor und ehemalige Leiter des Europainstituts Basel hat sich sowohl theoretisch als auch anhand zahlreicher konkreter Ereignisse mit der eidgenössischen Solidarität auseinandergesetzt. Er kommt zum Schluss: «Solidarität unter Gleichen ist stärker ausgeprägt als unter Andersarti-

gen. Ausserdem dient die Solidarität oft auch Eigeninteressen.» Nüchtern und nicht ohne die eine oder andere sarkastische Bemerkung rollte er die Geschichte der schweizerischen Solidarität, sowohl nach innen als auch nach aussen, von hinten auf. Sicherlich zur Freude des Publikums verzichtete er auf einen idealisierten, mit dem Rütli-Schwur beginnenden, helvetischen Solidaritätsmythos, sondern zeigte auch Momente auf, bei der die schweizerische Solidarität an ihre Grenzen gestossen ist.

Verschiedene Gesichter

«Die Solidarität hat verschiedene Gesichter», stellte Kreis ganz am Anfang seines Referats klar. Statt des einen, allumfassenden Begriffs der Solidarität schlägt er eine ganze Typologie von verschiedenen Solidaritäten vor. Stark vereinfacht lässt sich die Solidarität in eine interne und eine externe Komponente gliedern. Die interne Solidarität, also die gegenseitige Hilfeleistung unter Gleichen, nahm ihren Anfang lange bevor auf Schweizer Territorium ein Bundesstaat existierte. Kreis sieht deren Entstehung im Hirtenwesen, das zumindest regionale Zusammenarbeit erforderte. Später kamen Kollaboration im Bereich der gemeinsamen Erschliessung von Verkehrswegen und bei der Bewältigung von Naturkatastrophen sowie militärische Bündnisse dazu.



Georg Kreis
Historiker

Das Netz der Solidaritäten war komplex und stark auf einzelne Ereignisse bezogen. Systemische, dauerhafte und institutionell festgeschriebene nationale Solidarität wurde 1848 in der ersten Bundesverfassung festgeschrieben, die dem Bund das Recht einräumte, im Namen aller Kantone «öffentliche Werke» einzurichten. So zum Beispiel den nationalen Ressourcen- und Lastenausgleich, welcher heute als einer der Grundpfeiler der Schweizerischen Solidarität gilt.

Paradebeispiel Glückskette

Neben der internen zählt auch die externe Solidarität, also die Hilfeleistungen gegenüber dem Ausland, zum Schweizer Selbstverständnis. Ein Paradebeispiel ist die 1946 gegründete Glückskette, welche zum Ziel hatte, kriegsversehrten Kindern zu helfen. «Wir Schweizer sind Weltmeister im Spenden», bemerkte Kreis. Beim grossen Tsunami im Jahr 2004 trug die Glückskette einen Rekordbetrag von 227 Millionen Franken zusammen. Bei der Aufnahme von Flüchtlingen zeigte sich die Schweiz hingegen nicht immer von ihrer solidarischen Seite. So weigerten sich bürgerliche Kreise 1973 beispielsweise, nach dem Putsch in Chile sozialistische Flüchtlinge in der Schweiz aufzunehmen, bemühten die Rhetorik vom «vollen Boot». Auch die Gründung einer Solidaritätsstiftung, finanziert durch die Goldbestände der Nationalbank, wurde 2002 an der Urne abgelehnt. Georg Kreis zieht zwei Schlüsse: Bei Naturkatastrophen sind die Schweizer solidarischer als bei Kriegen. Ausserdem macht Solidarität auf freiwilliger Basis offenbar grosszügiger als «von oben verordnete».

Rheinschulhaus soll im Baurecht abgegeben werden

SCHAFFHAUSEN. Der Stadtrat legt dem Grossen Stadtrat eine Vorlage zum Rheinschulhaus an der Rheinstrasse 25 vor. In der Vorlage beantragt der Stadtrat die Abgabe des Rheinschulhauses im Baurecht an die aktuelle Mieterin, die «Stiftung Forum für Weiterbildung». Die Liegenschaft gehört zum städtischen Finanzvermögen. Der Verkaufspreis beträgt 2,675 Millionen Franken.

Durch die Abgabe kann die unkommerzielle Stiftung den Stiftungszweck langfristig sichern. Die Stiftung ist Trägerin der Schule für berufliche Aus- und Weiterbildung (SBAW), welche Programme für Stellensuchende («Jobjäger») und junge Berufseinsteiger («Ready 4 Business») anbietet. Die Stadt erhält durch die Baurechtsabgabe einen Geldzufluss. Die Baurechtsdauer beträgt 60 Jahre.

Die Baurechtsabgabe ist mit einem Vorkaufrecht abgesichert. Sofern das Gebäude für andere Zwecke als den Stiftungszweck genutzt wird, hat die Stadt das Recht, den vorzeitigen Heimfall herbeizuführen. Weiter wurde vertraglich vereinbart, dass die Stiftung den Hof als Pausenhof nutzen kann und die Stadt den Hofbereich im Rahmen der zweiten Etappe der Aufwertung der Rheinuferstrasse neugestalten kann.

Die Stiftung hat darüber hinaus zugesichert, die bestehenden Mietverträge mit der Polizeimusik, der Knabenmusik Schaffhausen, dem Musiklehrer Boki Tissi und dem KV Schaffhausen weiterzuführen. (r.)